



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. Januar 2010 (18.01)  
(OR. en)**

**5314/10**

**COPEN 10**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

Absender:	Janusz Gaciarz, Gesandter, Ständige Vertretung der Republik Polen bei der Europäischen Union
Empfänger:	Ivan Bizjak, Generaldirektor der Generaldirektion H, Justiz und Inneres, des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union
Eingangsdatum:	22. Oktober 2009
Betr.:	Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen – Notifizierungsschreiben Polens

In Ergänzung zu dem Notifizierungsschreiben WSISW/MF/4023/24-70/09 vom 29. Juli 2009 erhalten Sie anbei die Liste der zuständigen Behörden sowie die Erklärung der Republik Polen gemäß Artikel 7 Absatz 5 des *Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen*.

(Schlussformel)

Janusz Gaciarz  
Gesandter

\_\_\_\_\_

Mitteilung der Republik Polen zum Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

Die Republik Polen erklärt, dass folgende Behörden in Polen die zuständigen Behörden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen sind:

- wenn die Republik Polen Entscheidungsstaat ist, die örtlich zuständigen Regional- und Bezirksgerichte;
- wenn die Republik Polen Vollstreckungsstaat ist, die örtlich zuständigen Bezirksgerichte.

Für die Entgegennahme der Einziehungsentscheidungen sowie der Bescheinigungen anderer Mitgliedstaaten sind die örtlich zuständigen Bezirksgerichte verantwortlich. Diese Behörden können unter den in der Anlage "Regional- und Bezirksgerichte in Polen" angegebenen Anschriften kontaktiert werden.

Für die Unterstützung der zuständigen Behörden (Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses) ist die Abteilung für internationale Zusammenarbeit und Europarecht des Justizministeriums der Republik Polen verantwortlich:

Ministerstwo Sprawiedliwości Rzeczypospolitej Polskiej  
Departament Współpracy Międzynarodowej i Prawa Europejskiego  
Aleje Ujazdowskie 11, 00-950 Warszawa, Polska  
Tel.: +48 22 2390 870  
Fax: +48 22 6280 949  
E-Mail: [dwm@ms.gov.pl](mailto:dwm@ms.gov.pl)  
Internet: <http://www.ms.gov.pl>

Das Justizministerium ist in der Republik Polen auch zuständig für den Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Mitgliedstaaten über die Aufteilung von Vermögensgegenständen, die von der Republik Polen auf der Grundlage einer Entscheidung über die Beschlagnahme oder Einziehung beschlagnahmt oder eingezogen wurden (Artikel 16 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses).

Erklärung der Republik Polen gemäß Artikel 7 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

Gemäß Artikel 7 Absatz 5 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen erklärt die Republik Polen, dass ihre zuständigen Behörden Einziehungsentscheidungen in den Fällen nicht anerkennen und nicht vollstrecken werden, in denen die Einziehung des Vermögensgegenstands gemäß den erweiterten Einziehungsbestimmungen nach Artikel 2 Buchstabe d Ziffer iv angeordnet wurde.

---